

7·8 **Erziehung** 2022 **und Wissenschaft**

www.gew-sachsenanhalt.net

1. Juli 2022

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Sachsen-Anhalt**

EW

Lehrkräfte am Limit

Personalkollaps

Teufelskreis

Aktuell:

Gewerkschaftstag in Leipzig

Aktion zu JA 13 vorm Landtag

Wahlausschreiben zur
9. Landesdelegiertenkonferenz

In Gedenken: Hans-Dieter Klein

Bildungsjahr 2022/2023

- Lehrkräfte am Limit
- Warnung vor Personalkollaps
- GEW-Forderungen
- Lösungen gefragt
- Aufwertung im Sozial- und Erziehungsdienst

Tarif + Recht:

Betriebsratswahlen

Personalratsschulungen

Schulrecht





Eva Gerth,
Vorsitzende
der GEW
Sachsen-Anhalt

Kommentiert: Wir brauchen keine „Restschulen“ im Land

Wohl aufgeschreckt durch Veröffentlichungen zu Abitur-Abbrecher*innen in der Mitteldeutschen Zeitung verspricht Bildungsministerin Feußer jetzt eine Abi-Debatte. Konkret geht es darum, ob weiterhin der Elternwille beim Wunsch für die weiterführende Schulen akzeptiert wird oder ob man einen Notendurchschnitt voraussetzt. Als weitere Variante wird die Verschärfung der Versetzungsverordnung diskutiert. Die Diskussion mündet häufig in der Feststellung, dass wir in Sachsen-Anhalt sowieso zu viele Abiturient*innen hätten.

Glaubt man denn ernsthaft, für jedes Kind bereits in der 4. Klasse feststellen zu können, ob es bis zum Abi durchhält? Der Druck auf Grundschullehrkräfte, die Kinder schon so früh nach künftigen Bildungschancen zu sortieren, wäre ungeheuer. Nicht umsonst sind die Gesamt- und Gemeinschaftsschulen, die diese Entscheidung erst später fällen, hier im Land überlaufen. Zudem hat es eine Zuweisung nach den Noten zu den weiterführenden Schulen in Sachsen-Anhalt in früheren Jahren schon gegeben und die Übergangsquoten ans Gymnasium waren damals nicht geringer.

Das Gymnasium ist die attraktivste Schulform und die mit der besten Unterrichtsversorgung und Ausstattung und mit den wenigsten Seiteneinsteigenden als Lehrkräfte. Das wissen Eltern auch. Sie wünschen sich solche Bedingungen in der Schule. Man hat die Garantie, dass das Kind die notwendigen Unterrichtsstunden absolviert. Das Gymnasium hat aber auch die Möglichkeit, Kinder, deren Leistung nicht so passt, an die Sekundarschulen zu schicken. 30 Prozent aller Schüler*innen verlassen zwischen den Klassenstufen 6 und 12 das Gymnasium, die meisten nach Klasse 9. Es wird als Misserfolg empfunden. Trotzdem nehmen Eltern und Kinder dieses erste „Scheitern“ in Kauf, weil die Alternativen nicht annähernd die Bildungschancen bieten, die das Gymnasium verspricht. Der Anteil der Schüler*innen in Sachsen-Anhalt, die das Abitur oder eine andere Hochschulzugangsberechtigung haben, liegt übrigens im bundesweiten Vergleich ganz hinten.

Warum denkt das Land nicht endlich darüber nach, die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen aufzuwerten? Diese Schulformen sind zurzeit in den Schlagzeilen, weil sie inzwischen unter 90 Prozent Unterrichtsversorgung haben, weil die Stundentafel eingeschränkt und die Unterrichtsstunden auf 40 Minuten gekürzt werden. Lehrkräfte und pädagogisches Personal versuchen, die Situation mit großem Engagement auszugleichen.

Dort gehören jetzt sehr schnell deutlich mehr Ressourcen hin, mehr Lehrkräfte, mehr pädagogisches Personal, Förderlehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen sowie eine super Ausstattung. Bisher haben Sekundarschulen leider den Ruf, Restschulen zu sein. Wer will schon an eine Schulform, die ungefähr jede/n elfte/n Schüler*in ohne Abschluss entlässt? Dagegen muss endlich wirksam etwas getan werden, was aber nicht ohne zusätzliches Geld gehen wird. Mehr Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder sollten uns das wert sein!

Eva Gerth

Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Wir brauchen keine „Restschulen“ im Land	2
Gewerkschaftstag in Leipzig: „Wir werden gehört“	3
GEW Sachsen-Anhalt bereitet Landtagsabgeordneten einen Empfang: Packt's endlich! – JA 13 für Grundschullehrkräfte!	4
Lehrer*innenbildung und Beschäftigte in der Wissenschaft: GEW traf Minister Willingmann	5
Herbstseminar am 21. und 22. Oktober in Dessau: Raum für Austausch und Diskussionen	5

Titelthema „Bildungsjahr 2022/2023“

Bildungsjahr 2022/2023: Altes Leid und neue Herausforderungen	6
Rückblick auf das Schuljahr 2021/2022: Die Schmerzgrenze ist seit Langem erreicht!	6
Deutsches Schulbarometer: Lehrkräfte am Limit	7
Nationaler Bildungsbericht: GEW: „Warnung vor Personalkollaps“	8
Bildungsjahr 2022/2023: GEW fordert weitreichende Entlastungen	8
Einstellungen für Lehrkräfte: Kreative Lösungen gefragt!	10
Sozial- und Erziehungsdienst: Tarifabschluss 2022 bringt Aufwertung	10

Tarif + Recht

Betriebsratswahlen 2022: GEW zieht positive Bilanz	11
Schulungen in Halle und Magdeburg: Fachliche Unterstützung und Beratung für Personalräte	12
GEW-Stadtverband Halle lädt zur Fortbildung ein: „Schulrecht – sicher handeln im Schulalltag“	13



Die GEW Sachsen-Anhalt dankt allen Mitgliedern und Beschäftigten für ein gelungenes Bildungsjahr 2021/2022, das abermals unter erschwerten Bedingungen stattgefunden hat. Ihr habt den Betrieb aufrecht erhalten und habt jetzt eine Pause verdient. Wir wünschen euch eine angenehme und vor allem erholsame Ferienzeit!



Foto: Kay Herschelmann

Gewerkschaftstag in Leipzig: „Wir werden gehört“

Eigentlich war der Gewerkschaftstag schon 2021 zu Ende. Maike Finnern und ihre Mitstreiter*innen wurden gewählt, einige Anträge diskutiert, die ehemaligen Vorstandsmitglieder verabschiedet. Leider fand das alles unter Corona-Bedingungen statt, also weitestgehend online. Es war arbeitsintensiv, aber nicht geeignet, Anträge mit Leidenschaft zu diskutieren. Und natürlich lassen sich auch hinter den Kacheln einer Videokonferenz Kompromisse finden, jedoch – und da waren sich alle einig – besser geht dies Auge in Auge. Insofern war es schnell Konsens, einen außerordentlichen Gewerkschaftstag anzuschließen, ein Jahr später konnten wir uns vom 21. bis 24. Juni 2022 endlich wieder in Präsenz in Leipzig treffen. Die Bilder zeigen, dass das wirklich eine gute Idee war.

423 Delegierte haben an vier Tagen die Leitlinien für die GEW-Politik der nächsten Jahre diskutiert. Die Themen waren vielfältig. Der Personalmangel in allen Bildungsbereichen spielte eine große Rolle, auch öffentlichkeitswirksam, da gleichzeitig die Kultusministerkonferenz in Berlin den nationalen Bildungsbericht 2022 vorgestellt hat (→ **Seiten 8/9**). Maike Finnern hat diesen als eine geschönte Bestandsaufnahme des Bildungswesens bezeichnet und mit Zahlen argumentiert: „Es droht ein Personalkollaps. In den kommenden fünf bis sechs Jahren fehlen 200.000 Beschäftigte in der frühkindlichen Bildung und 250.000 in den Schulen.“ Die Gespräche mit den anderen Delegierten machten deutlich, dass wir hier alle im gleichen Boot sitzen, jede und jeder hatte hier sofort Beispiele zur Hand. Beschlossen wurde auch eine noch intensi-

vere Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitszeit. Es geht um den Schutz vor Überlastung, was nur mit einer Reduzierung der Arbeitszeit möglich ist. Hier wird die GEW ihr tarifliches und politisches Gewicht in die Waagschale werfen und für das Recht auf Teilzeit, für weniger Pflichtstunden für Lehrkräfte, für eine Arbeitszeiterfassung mit Rücksicht auf die Besonderheiten der pädagogischen Berufe und vor allem auch für die Anerkennung der Care-Arbeit kämpfen. Klimaschutz war ein Thema, die Förderung nach der Erhöhung des BAföG-Höchstsatzes mindestens in Höhe des steuerlichen Existenzminimums von 1.200 Euro. Wir haben uns dafür ausgesprochen, dass für Beamt*innen künftig die gesetzliche Krankenversicherung offensteht und die Beihilfe auch dort gelten soll, und dafür, dass es neben der klassischen Lehramtsausbildung auch weitere schnelle Wege gibt, einen Abschluss als Lehrkraft zu erhalten, z. B. für Meister oder Bachelor. Bekräftigt wurde die unbedingte Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und mit denen, die von dort und aus allen anderen Ländern zu uns gekommen sind. Gleichzeitig haben wir uns gegen eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr ausgesprochen. 100 Milliarden Euro brauchen wir dringend für die Bildung. Die beschlossenen Anträge sind unter <https://www.gew.de/gewtag22/das-ist-der-gewerkschaftstag> zu finden.

Besonders spannend war das Rahmenprogramm. Dr. Michael Goll und Prof. Detlev Brunner von der Universität Leipzig forschen derzeit darüber, wie sich die GEW durch das Hinzukommen der östlichen Landesverbände verändert hat. Zwei Punkte waren entscheidend: Dadurch, dass es

hierzulande nach der Wende oft um die Existenz ging und wenige verbeamtet waren, hat unsere GEW schnell Kampfformen bis hin zum Streik gefunden. Wir sind auch wesentlich daran beteiligt, dass wir jetzt eine Bildungsgewerkschaft mit Mitgliedern aus allen Bereichen der Bildung sind. Dr. Goll wird auf unserer Landesdelegiertenkonferenz im November Auszüge seiner Studie vorstellen – ein spannendes Stück Geschichte!

Gewerkschaftstage sind aber auch zum Feiern da. Die GEW Sachsen hat uns einen stimmungsvollen Abend bereitet: In der Moritzbastei, im Herzen von Leipzig, haben wir bei bestem Wetter viele gute Gespräche geführt. Es war schön, dass wir uns alle wiedergesehen haben, in Präsenz, zum Anfassen und Umarmen – frisch getestet jeden Tag. Wie sagte Thomas Lippmann, der als Zeitzeuge zum Podiumsgespräch im Rahmen der Studie von Dr. Goll geladen war: „Es ist wie nach Hause kommen.“

Das gilt hoffentlich auch für die, die zum ersten Mal dabei waren, und für unsere Kolleg*innen und Kollegen aus der Jungen GEW und für die Studierenden. Gewerkschaftsarbeit in der GEW ist anstrengend, weil sie oft ehrenamtlich ist und einen langen Atem braucht. Bei der GEW findet man aber immer Unterstützung und eine wichtige politische Stimme für die Beschäftigten in der Bildung. Das ist ein guter Grund, sich zu engagieren, auch das ist in Leipzig deutlich geworden.

Danke an die Delegierten der GEW Sachsen-Anhalt. Wir sind im Vergleich zu den Landesverbänden Baden-Württemberg oder Hessen zwar wenige, aber wir werden gehört.

Eva Gerth

GEW Sachsen-Anhalt bereitet Landtagsabgeordneten einen Empfang: Packt's endlich! – JA 13 für Grundschullehrkräfte!

(EuW_rex) Am 23. Juni 2022 hat die GEW Sachsen-Anhalt gemeinsam mit Grundschullehrkräften und Studierenden den Landtagsabgeordneten vor dem Parlament in Magdeburg einen Empfang bereitet. Ziel war die Übergabe von Informationsflyern zur GEW-Aktion „Packt's endlich!“, die für eine bessere Bezahlung von Grundschullehrkräften wirbt.

und dass tarifbeschäftigte Lehrkräfte nach Entgeltgruppe E 13 sowie verbeamtete Lehrkräfte gemäß der Besoldungsgruppe A 13 vergütet werden. Noch immer wird das Lehramt an Grundschulen offensichtlich von den politisch Verantwortlichen in unserem Bundesland als einfacher, leichter studierbar und als weniger anspruchsvoll angesehen – dies

derung der Inklusion aller Schülerinnen und Schüler einen guten Unterricht zu gewährleisten. Für diese anspruchsvolle Tätigkeit ist viel pädagogisches Fachwissen und Fingerspitzengefühl erforderlich“, sagt die Landesvorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, Eva Gerth.

Nach wie vor werden von den politisch Verantwortlichen in Sachsen-Anhalt die alten



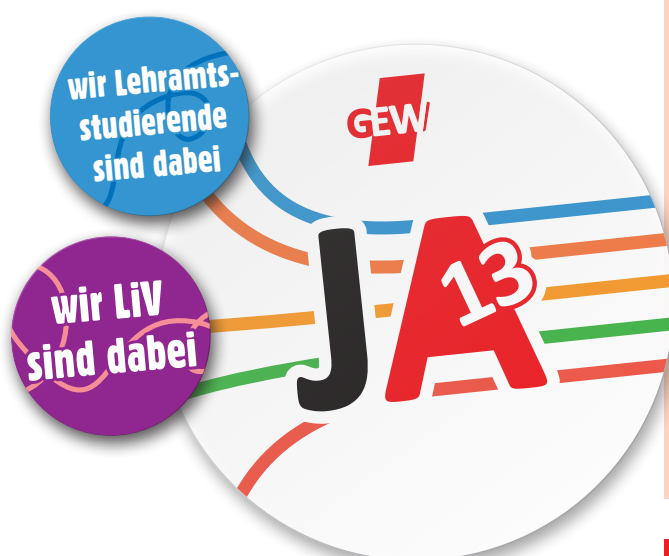
Foto: Christiane Rex

Die Begrüßungsaktion der Landtagsabgeordneten kurz vor ihrer Sommerpause machte noch einmal auf den Missstand aufmerksam, dass die Grundschullehrkräfte in Sachsen-Anhalt nach wie vor schlechter bezahlt werden als ihre Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarbundesländern. Seit Jahren kämpft die GEW Sachsen-Anhalt dafür, dass die Lehrkräfte an den Grundschulen dieselbe Anerkennung erhalten

ist ein augenscheinliches Motiv, Grundschullehrkräfte hierzulande schlechter zu bezahlen als die Lehrkräfte in anderen Schulformen.

„Die Arbeit an Grundschulen ist zwar anders als beispielsweise an Gymnasien, jedoch ist sie ebenso komplex: Die Kolleginnen und Kollegen tun alles, um in einem maroden Schulsystem das Lernen in heterogenen Lerngruppen und unter der Herausfor-

„Argumente“ bemüht, dass Geld für junge Leute kein Grund zum Weggehen sei und somit unsere ostdeutschen Nachbarländer, die ihre Lehrkräfte bereits nach E 13/A 13 bezahlen, und das sind ca. 500 € im Monat mehr, keine Konkurrenz darstellen würden. Zudem wird weiterhin beharrlich behauptet, dass es genügend Bewerberinnen und Bewerber gäbe.



Darum ist die Bezahlung nach E 13/A 13 so wichtig

Die schlechtere Bezahlung der Grundschullehrkräfte ist ein großes Problem hinsichtlich der Abwanderung von Fachkräften in unserem Bundesland. Bereits seit 2016 ist die GEW Sachsen-Anhalt vielfältig aktiv, um den politisch Verantwortlichen im Land klar zu machen, weshalb eine gerechte Bezahlung der Grundschullehrkräfte nach E 13/A 13 dringend notwendig ist:

- In den Ländern Berlin, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen werden Grundschullehrkräfte bereits nach E 13/A 13 bezahlt.
- Grundschullehrkräfte haben die höchste Unterrichtsverpflichtung in Sachsen-Anhalt, werden aber schlechter bezahlt als Lehrkräfte anderer Schulformen.
- Die Grundschule ist die Schulform mit dem weitaus höchsten Frauenanteil im Kollegium – für die GEW ist die schlechtere Bezahlung der Grundschullehrkräfte sogar eine mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.
- Die Entgeltgruppe E 13 und die Besoldungsgruppe A 13 hätten auch Auswirkungen auf die Bezahlung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, da die Anwärterbezüge dann ebenfalls um eine Stufe höher liegen würden.

Am 13. Oktober 2022 treffen wir uns um 16:00 Uhr auf dem Domplatz in Magdeburg, um unserer berechtigten Forderung zu „JA 13“ erneut Nachdruck zu verleihen! Freut euch auf ein großes solidarisches Miteinander. Packen wir's!

Perspektiven für Lehrer*innenbildung und Beschäftigte in der Wissenschaft: GEW traf Minister Willingmann

Am 31. Mai empfing der Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt, Prof. Armin Willingmann, Vertreter*innen des Vorstandsbereichs Hochschule, Forschung und Lehrer*innenbildung. Für die GEW nahmen neben der Landesvorsitzenden Eva Gerth die Mitglieder des Landesvorstandes Dr. Nico Elste und Dr. Steffi Kaltenborn sowie die Gewerkschaftssekretär*innen Sofia Kohler und Christian Müller teil. Der Besuch begann mit einer positiven Überraschung, lag doch die aktuelle Zeitung

unseres Landesverbandes gut sichtbar auf dem Tisch. Dass sie nicht ungelesen war, wurde schnell im Gespräch zur finanziellen Situation an der Martin-Luther-Universität Halle deutlich, bei dem erwartungsgemäß gegensätzliche Positionen nicht ausgeräumt werden konnten. Dennoch verwies der Minister auf das Entgegenkommen des Landes, wenngleich in überschaubaren Bereichen, wie z. B. bei Zuschüssen für das Landesstudienkolleg und die Universitäts- und Landesbibliothek. Weitere Schwerpunkte des Gesprächs waren Perspektiven

der Lehrer*innenbildung an beiden Universitäten sowie Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in der Wissenschaft. Wenig Zeit blieb hingegen für einen intensiven Austausch zum u. a. von der GEW geforderten Abschluss eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte. Auf den zu diesem Thema zugesagten weiteren Gesprächstermin dürfen wir ebenso gespannt sein wie auf einen Artikel des Ministers in einer der nächsten Ausgaben unserer Zeitung.

Steffi Kaltenborn

Herbstseminar am 21. und 22. Oktober in Dessau: Raum für Austausch und Diskussionen

Das Herbstseminar des Vorstandsbereichs Hochschule, Forschung und Lehrer*innenbildung bietet jedes Jahr allen GEW-Mitgliedern der Universitäten und Hochschulen in Sachsen-Anhalt Ort und Raum für Austausch und Diskussionen von hochschulrelevanten Themen.

Am 21. und 22. Oktober wollen wir uns in diesem Jahr in Dessau über die Tarifverhandlungen, die Entwicklungen an den Hochschulen, die Lehrer*innenbildung und die Landesdelegiertenkonferenz, die im

November stattfinden wird, austauschen. Am Freitag, 21. Oktober, ist eine Diskussion zu abgeschlossenen und kommenden Verhandlungen zum TV-L mit Daniel Merbitz vom GEW-Bundesvorstand geplant, in der die Handlungsspielräume der GEW in den Tarifverhandlungen ebenso wie die Möglichkeiten zur Durchsetzung uns wichtiger hochschulspezifischer Forderungen besprochen werden sollen. Am Samstag, 22. Oktober, möchten wir konkrete Fragen der Seminarteilnehmer*innen

zur Situation der Hochschulen und der Lehrer*innenbildung erörtern sowie die Anträge unseres Vorstandsbereichs zur Landesdelegiertenkonferenz vorstellen und diskutieren.

Bitte meldet euch bis zum 9. September 2022 bei Katja Kämmerer verbindlich für das Herbstseminar an – entweder per E-Mail an katja.kaemmerer@gew.lsa.de oder telefonisch unter 0345 204080.

9. Landesdelegiertenkonferenz 2022: Wahlausschreiben

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Sachsen-Anhalt



Der Wahlausschuss für die 9. Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt hat sich am 20. Juni 2022 konstituiert. Die Wahlen erfolgen auf der 9. Landesdelegiertenkonferenz, die für den 25./26. November 2022 in Magdeburg einberufen wurde.

Gemäß § 21 Nr. 2 der Satzung der GEW Sachsen-Anhalt vom 23. November 2018 werden folgende Vorstandsbereiche gewählt: Dem Landesvorstand gehören an:

- a) die und/oder der Vorsitzende
- b) die Leiterinnen und Leiter der Vorstandsbereiche
 - Tarif- und Beamtenpolitik
 - Information und Kommunikation
 - Organisationsentwicklung
 - Finanzen
 - Rechtsschutz
 - Allgemeinbildende Schulen
 - Berufliche Bildung und Weiterbildung
 - Jugendhilfe und Sozialarbeit
 - Hochschule/Forschung/Lehrerbildung
 - Gewerkschaftliche Bildung
 - Behörden und Verwaltung

Gemäß der Satzung § 21 Nr. 3

- a) Den Vorsitz können auch zwei Mitglieder der GEW als Team übernehmen.
- b) Wird der Vorsitz nicht von einem Team übernommen, werden nach § 21 Nr. 5 zwei Mitglieder des Landesvorstandes (nach § 21 Nr. 2b) als stellvertretende Vorsitzende oder stellvertretender Vorsitzender gewählt.
- c) Vorstandsbereiche können auch von Teams, bestehend aus zwei Mitgliedern der GEW, geleitet werden.

Gemäß der Satzung § 21 Nr. 4 werden die Mitglieder des Landesvorstandes von der Landesdelegiertenkonferenz in geson-

derten Wahlgängen gewählt. Ein Team im Sinne von § 21 Nr. 3 der Satzung wird zusammen in einem Wahlgang gewählt. Vorschlagsberechtigt sind nach § 3 der Wahlordnung der Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt die Antragsberechtigten der Landesdelegiertenkonferenz (Delegierte, Kreisverbände, Landeshauptausschuss, Landesvorstand). Die Wahlvorschläge sind nach § 4 der Wahlordnung der GEW Sachsen-Anhalt bis zum 18. November 2022 schriftlich einzureichen. Wahlvorschläge, die nach der Frist oder auf der Landesdelegiertenkonferenz eingebracht werden, bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 20 Delegierten. Weiterhin werden gemäß § 7 Nr. 1 und § 8 Nr. 3 der Satzung der GEW Sachsen-Anhalt die Mitglieder der Landesschiedskommission und die Mitglieder der Kassenprüfungskommission von der Landesdelegiertenkonferenz gewählt. Die Wahlvorschläge für diese Kommissionen sind ebenfalls bis zum 18. November 2022 schriftlich einzureichen. Bei Wahlvorschlägen, die nach dieser Frist eingereicht werden, muss die Zustimmung der oder des Vorgeschlagenen zur Kandidatur vorliegen. Die Kandidatur eines Mitglieds des Landesvorstandes oder eines Beschäftigten des Landesverbandes ist unzulässig.

Für alle Wahlvorschläge gilt: Wahlvorschläge per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig. Dem Wahlvorschlag muss die schriftliche Einverständniserklärung der Kandidatin/des Kandidaten beigefügt sein. Aus dem Wahlvorschlag muss eindeutig hervorgehen, welche Kandidatin/welcher Kandidat für welche Funktion entsprechend der Ausschreibung vorgeschlagen wird. Die Wahlvorschläge sind zu richten an: GEW Sachsen-Anhalt, Wahlausschuss, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg

Der Wahlausschuss

Helgard Lange
Cornelia Grabski

Bärbel Riethausen
Andrea Trojahn

Steffi Peters
Thomas Kohout

Es kommt einem vor wie ein sich stetig drehender Kreis: Wieder einmal ist ein Schul- und Ausbildungsjahr vorbei – mit all seinen Problemen und Herausforderungen. Wieder einmal können wir stolz auf die Leistungen der

Bildungsjahr 2022/2023: Altes Leid und neue Herausforderungen

Bildungsbeschäftigten und GEW-Mitglieder sein. Wieder einmal haben wir alle unter erschwerten Bedingungen gekämpft: Alle Bildungseinrichtungen hatten nunmehr das dritte Pandemie-Jahr zu bewältigen und dank des Engagements der Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen ist die Ausbildung und Betreuung unserer Kinder und Jugendlichen dennoch möglich gewesen. Die Corona-Krise hat bekanntermaßen zu einer Verschärfung aller Probleme geführt. Doch der im März ausgebrochene Krieg in der Ukraine bringt nun noch weitere mit sich: Unsere Bildungslandschaft ist ausgedörrt wie Sachsen-Anhalts trockene Felder in Dürreperioden. Gespart wurde an allen Ecken und Enden: Noch immer kämpfen wir gegen den massiven Personalmangel an, noch immer federn die Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen Personalausfälle und Engpässe in teils maroden Einrichtungen ab. Noch immer wird täglich improvisiert, um ein gutes Seminar, guten Unterricht oder einen gelungenen Tag in der Kita zu bereiten. Noch immer arbeiten wir mit Laptops von der Landesregierung, die oft weder Software noch eine schnelle Internetanbindung haben.

Ist es wirklich die Auffassung der Landesregierung, dass wir nach der Sommerpause weiter unter denselben Bedingungen arbeiten, ohne Entlastung und ohne konkrete Hilfe? Wie lange wird noch übergroßes Engagement von den Beschäftigten in der Bildung verlangt? Das Titelthema dieser Ausgabe vor den Sommerferien beschäftigt sich mit dem neuen Bildungsjahr und soll – nach einer kurzen Rückschau – einen Ausblick geben, welche Maßnahmen erforderlich sind, um gute Bildung zu gewährleisten. Dazu hat die GEW Sachsen-Anhalt einen Forderungskatalog an die Landesregierung erarbeitet, der die Bedingungen für ein gutes Bildungsjahr festhält. Außerdem nehmen wir das „Deutsche Schulbarometer“ und den „Nationalen Bildungsbericht“ in den Blick. Weiterhin haben wir uns damit beschäftigt, welche Bedingungen geschaffen werden müssen, damit der Lehrberuf wieder mehr Attraktivität erlangt. Schließlich sprechen sich attraktive Beschäftigungsbedingungen herum und sind das beste Mittel gegen Fachkräftemangel in allen Bereichen. Abschließend wird im Hinblick auf die jüngst abgeschlossene Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst ein Ausblick gegeben, wie auch diese Berufsgruppe eine Aufwertung erfahren kann. Bei allen Punkten ist die Politik in der Pflicht. Die GEW wird jedenfalls auch im neuen Bildungsjahr für bessere Bedingungen eintreten und kämpfen!



Rückblick auf das Schuljahr 2021/2022: Die Schmerzgrenze ist seit Lan

Lehrkräfte, Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unsere Schülerinnen und Schüler sind mittlerweile zu Experten von Selbsttests geworden. Das Tragen von lästigen Masken ist aus Gründen des Gesundheitsschutzes während der Hoch-Zeiten der Pandemie in den schulischen Alltag integriert worden. Dazu gehörten neben den vorgeschriebenen Lüftungsintervallen auch der Anblick von „eingemummelten“ Schülerinnen und Schülern. Im Frühjahr 2022 sind die meisten Maßnahmen – außer das Lüften – im Regelfall ausgesetzt worden. Zur Freude aller führte dies zu einer Normalisierung des pädagogischen Alltags. Auf ein mögliches Entfachen des Pandemiegeschehens im Herbst blickt jetzt ein Teil von uns mit Sorge, ein anderer mit Gelassenheit und ein weiterer Teil mit Unverständnis, hinsichtlich der eventuell wieder in Kraft zu setzenden Maßnahmen. Wichtig ist dann, dass das gegenseitige Verständnis in den Klassen- und Lehrerzimmern geübte Praxis bleibt.

Zu großem Unverständnis bei Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften haben die im Februar geänderten organisatorischen Bedingungen hinsichtlich eines vorgezogenen Notenschlusses sowie für die Vorbereitung auf die Prüfungen (Intensivkurse in den Kernfächern statt Unterricht laut Stundentafel) für die 10. Klassen der Sekundar-, Gesamt- und Gemeinschaftsschulen geführt. Aufgrund des sehr späten Agierens des Ministeriums für Bildung brachten die inhaltlich gut gemeinten Maßnahmen die betroffenen Schulen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler in eine miserable und organisatorisch schwer umsetzbare Situation. In einem Gespräch mit dem Staatssekretär Frank Diesener haben wir das Ministerium aufgefordert, Maßnahmen zur Überwindung von Lernrückständen durch Corona frühzeitig, d. h. zu Beginn des Schuljahres 2022/2023, den Schulen zu übermitteln.



© SW-KOMMUNIKATION.NET

Deutsches Schulbarometer: Lehrkräfte am Limit

(EuW) Die Bildungsgewerkschaft GEW macht sich dafür stark, die Lehrkräfte massiv zu entlasten und die Unterrichtsverpflichtung zu senken. „Teilzeitarbeit ist für viele Lehrkräfte ihre persönliche Flucht aus der Überlastung. Das System steckt in einem Teufelskreis aus Überlastung durch Lehrkräftemangel und Lehrkräftemangel durch Überlastung. Da kommen wir nur raus, wenn die Politik bereit ist, insgesamt mehr Ressourcen ins System zu stecken – auch durch mehr Schulsozialarbeit, schulpsychologische Betreuung und weiteres zusätzliches Personal etwa in der Verwaltung“, sagte GEW-Vorsitzende Maike Finnern mit Blick auf die Ergebnisse des Schulbarometers*. Es sei falsch, eine Entlastung der Lehrkräfte mit Hinweis auf den Lehrkräftemangel zu verweigern. Die Forscher sprächen von einem „Kipppunkt“: Jenseits von 25 Unterrichtsstunden pro Woche fühlten sich signifikant mehr Lehrkräfte sehr hoch belastet.

* Mit dem Deutschen Schulbarometer erhebt die Robert Bosch Stiftung Daten, die die aktuelle Situation der Schulen in Deutschland aus Sicht jener Personengruppen beschreiben, die sie täglich mitgestalten und erleben. Das Schulbarometer wurde erstmals 2019 als Elternbefragung in Kooperation mit der ZEIT und unterstützt durch ein Meinungsforschungsinstitut durchgeführt.

Die Daten zeigten, dass sehr viele Lehrkräfte gesundheitsgefährdende Arbeitszeiten haben. Die Folgen seien Erschöpfung, Schlaf- und Konzentrationsstörungen. Unter der Überlastung der Lehrkräfte litten auch die Kinder und Jugendlichen. „Ein verantwortungsvoller Arbeitgeber geht diese Probleme an. Die meisten Bundesländer entziehen sich jedoch ihrer gesetzlichen Pflicht, Gefährdungsbeurteilungen an Schulen durchzuführen und daraus entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Sie nehmen billigend in Kauf, dass viele Lehrkräfte aus Idealismus oder Pflichtgefühl Raubbau an ihrer Gesundheit betreiben.“

„Die deutliche Zunahme von Niedergeschlagenheit, Konzentrations- und Motivationsproblemen unter den Schülerinnen und Schülern ist nicht verwunderlich. Die Lehrkräfte setzen den richtigen Schwerpunkt, wenn sie mehrheitlich der Förderung des psychischen Wohlbefindens Priorität einräumen.“ Leistung und Lehrpläne seien nicht der beste Wegweiser durch die Krisenfolgen. Wichtig ist, dass Schulen auf die Nöte und Sorgen der Kinder eingehen und ihnen dabei helfen, Motivation und Lernfreude zu entwickeln und zu Konzentration und Ruhe zurück zu finden.



gem erreicht!

Mangelnde Unterrichtsversorgung

Wir sind immer noch weit davon entfernt, eine halbwegs passable Unterrichtsversorgung zu erreichen. Trotz permanenter Ausschreibungen ist es dem Ministerium für Bildung nicht gelungen, hier eine positive Wendung einzuleiten. Neben dem „leer gefegten Lehrkräftemarkt“ gibt es mehrere Punkte, die die politisch Verantwortlichen ignorieren bzw. „aussitzen“. Zu nennen sind hier steigende Schülerzahlen, eine fehlende Wertschätzung insbesondere gegenüber älteren Beschäftigten (Altersermäßigung, Ablehnung bzw. Verringerung der verminderten Wochenstunden bei Teilzeitanträgen), ein unausgereiftes Konzept zum Seiteneinstieg sowie eine schlechtere Bezahlung von Grundschullehrkräften als in anderen Bundesländern.

Die Digitalisierung lahm

Das Tempo bei der Umsetzung der Digitalisierung hat im Verlauf des Schuljahres „keine Fahrt aufgenommen“. Dienstliche Endgeräte wurden den Lehrkräften zwar zur Verfügung gestellt, allerdings werden die Geräte immer noch nicht zentral administriert und es wurde den Lehrkräften bis heute keine kommerzielle Software, z. B. Microsoft Office, zur Verfügung gestellt. Was in der allgemeinen Verwaltung Standard ist, gesteht man Lehrkräften nicht zu. Zu dem im November 2021 eingereichten Vorschlag einer „Dienstvereinbarung zu digitalen Diensten“ hat sich das Ministerium für Bildung gegenüber dem Lehrerhauptpersonalrat immer noch nicht geäußert. Neben der Einhaltung des Datenschutzes, der Datensicherheit und dem Anbieten von notwendigen Fortbildungsmaßnahmen soll hier festgelegt werden, dass Beschäftigte nicht zu jeder Zeit digital erreichbar sind, z. B. bei Änderung des Stundenplans nach 16 Uhr für den darauffolgenden Schultag. Damit soll einer Entgrenzung der Arbeitszeit gegengesteuert werden.

Übertragung von zusätzlichen Aufgaben

Seit Jahren fordert die GEW, dass den Schulen nicht immer neue und damit zusätzliche Aufgaben übertragen werden, ohne dass eine ausreichende Kompensation für den entstandenen Arbeitsaufwand vom Arbeitgeber/Dienstherrn gewährt wird. Weder die Buchhaltung noch das Kopieren von Prüfungsaufgaben gehören zum Berufsbild einer Lehrkraft. Die Schmerzgrenze ist an vielen Schulen erreicht. Auch Schulleitungen haben uns gegenüber signalisiert, dass das „Fass am Überlaufen“ ist.

Insgesamt fällt der Rückblick auf das Schuljahr 2021/2022 zu den meisten vorgenannten Punkten negativ aus.

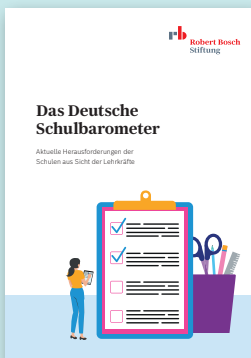
Blick nach vorn

Der eine oder andere fragt sich, wie es weitergehen soll. Zum Glück gibt es die positiven Momente im Schulalltag, nämlich dann, wenn wir es schaffen, dass die Schülerinnen und Schüler mit Freude zu uns kommen, sich Kompetenzen aneignen, das Schuljahr erfolgreich beenden oder man einfach zusammen im Unterricht miteinander lacht. Damit diese positiven Erfahrungen uns weiter motivieren, wird sich die GEW Sachsen-Anhalt wieder mit aller Kraft für bessere Rahmenbedingungen im neuen Schuljahr einsetzen. Das ist unser Versprechen!

Kerstin Hinz,
Vorsitzende des Lehrerhauptpersonalrates

→ Die GEW-Vorsitzende zeigte sich skeptisch gegenüber dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ der Bundesregierung und den entsprechenden Länderprogrammen: „Wir brauchen jetzt ein Programm ‚Aufrichten nach Corona‘ – und zwar sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrkräfte.“ Voraussetzung seien deutlich mehr Zeit im Schulalltag, also die Absenkung der Unterrichtsverpflichtung, sowie eine deutlich bessere personelle Ausstattung mit Lehrkräften und multiprofessionellen Teams. Die soziale Schieflage des Schulsystems, die chronische Überlastung des Personals und die psychosozialen Probleme der Schülerinnen und Schüler seien allein mit befristeten Projekt Mitteln nicht aufzulösen.

Die Studie belege, dass die Lernrückstände an solchen Schulen besonders groß sind, in denen mehr als die Hälfte der Schülerschaft eine andere Familiensprache als Deutsch spricht. Das sind jedoch häufig zugleich Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen. Die Gelder von Bund und Ländern müssten zielgerichteter nach sozialen Kriterien verteilt werden. Dabei laute der Grundsatz: „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“, hob Maike Finnern hervor. Sie forderte die Bundesregierung insbesondere dazu auf, die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Bundesmittel für die finanzielle Förderung von 4.000 Allgemein- und Berufsbildenden Schulen nach einem gerechten, sozial-indizierten Schlüssel zu verteilen.



Für über drei Viertel der Lehrkräfte (79 %) ist Wochenendarbeit die Regel und eine Erholung in der Freizeit kaum noch möglich (60 %). Die Hälfte leidet unter körperlicher (62 %) oder mentaler Erschöpfung (46 %). Mehr als jede zehnte Lehrkraft (13 %) plant, im kommenden Schuljahr weniger zu arbeiten und das wöchentliche Deputat zu reduzieren.

Lehrkräfte stehen enorm unter Druck. Sie müssen die Digitalisierung im Rekordtempo nachholen, Corona-Richtlinien überwachen, Lernrückstände aufarbeiten, einen Fachkräftemangel abfedern und eine steigende Zahl von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen in die Schulen integrieren. Trotz der noch immer sehr hohen Berufszufriedenheit (74 %)

sei das Belastungserleben der Lehrkräfte in der Pandemie stark angestiegen. Lehrer*in oder Lehrkraft wird man aus Überzeugung. Aber chronische Überlastung macht auf Dauer krank und unzufrieden. Schulen benötigen deshalb dringend zusätzliches Personal. Dazu gehören Sozialpädagog*innen und Schulsozialarbeiter*innen, aber auch Verwaltungskräfte, die die Schulleitungen entlasten.

Fast alle Lehrkräfte (95 %) geben an, seit Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 einen deutlichen Anstieg von Verhaltensauffälligkeiten bei ihren Schüler*innen zu beobachten. Im Vergleich zur Befragung des Deutschen Schulbarometers im September 2021 ist dieser Anteil in fast allen Bereichen noch einmal gestiegen. So berichten jetzt 80 % der Befragten von einer starken Zunahme von Konzentrations- und Motivationsproblemen (2021: 67 %). Fast doppelt so viele Lehrkräfte (42 %) wie vor einem halben Jahr beobachten aggressives Verhalten bei ihren Schüler*innen. Befragt nach Hilfsangeboten für die Kinder und Jugendlichen verweisen fast drei Viertel der Lehrkräfte auf Angebote der Schulsozialarbeit. Sprechstunden von Schulpsycholog*innen finden an der Hälfte der Gymnasien und Berufsschulen statt, jedoch lediglich an einem Drittel der Haupt-, Real- und Gesamtschulen und an einem Viertel der Grundschulen.

Ein zeitlicher Vergleich zwischen September 2021 und April 2022 zeigt außerdem, dass die Lehrkräfte den Anteil der Schüler*innen mit deutlichen Lernrückständen inzwischen deutlich höher schätzen (September 2021: 33 %, April 2022: 41 %). Das betrifft vor allem Schulen, in denen mehr als die Hälfte der Schülerschaft eine andere Familiensprache als Deutsch spricht. Drei Viertel der Lehrkräfte geben an, dass Schüler*innen nicht die Unterstützung erhalten, die nötig wäre, um vorhandene Lernlücken zu schließen. Ebenso viele sind der Meinung, dass die Förderung des psychischen Wohlbefindens wichtiger sein sollte als das Erfüllen der Lehrpläne.

Zum Zeitpunkt der Befragung im April 2022 stellt die Bewältigung von Corona-Maßnahmen die größte Herausforderung für die Lehrkräfte dar (38 %). Es folgen der Lehrkräftemangel (26 %) und das Verhalten der Schüler*innen (21 %).

<https://deutsches-schulportal.de/deutsches-schulbarometer/>

Nationaler Bildungsbericht:

GEW: „Warnung vor Personalk

(EuW) Als eine „geschönte Bestandsaufnahme des Bildungswesens“ hat die GEW den am 23. Juni vorgestellten „Nationalen Bildungsbericht 2022“ * bezeichnet. „Wir brauchen ein entschlossenes gemeinsames Handeln von Politik und Gesellschaft, um einen drohenden ‚nationalen Notstand‘ zu verhindern“, sagte GEW-Vorsitzende Maike Finnern.

In vielen Schulen sei der Ausfall von Unterricht zur Regel geworden. Lehrkräfte und Schulleitungen kämpften gegen den teils dramatischen Lehrkräftemangel, Erzieherinnen gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung. „Der Handlungsbedarf an den Schulen, aber auch Kitas ist riesig“, sagte Finnern. Sie verwies auf eine mittlerweile dramatisch angewachsene Lücke beim Fachpersonal. Die Corona-Pandemie, die Integration der geflüchteten Kinder und Jugendlichen und die Unterfinanzierung des Bildungssystems stellten die Lehrenden vor große Herausforderungen. „Viele Beschäftigte im Bildungsbereich gehen in Teilzeitarbeit, um der persönlichen Überlastung zu entkommen“, unterstrich die GEW-Vorsitzende. „Das System befindet sich in einem Teufelskreis aus Überlastung durch Fachkräftemangel und Fachkräftemangel durch Überlastung. Es droht ein Personalkollaps.“ Die Länder müssten endlich die Ausbildungskapazitäten in Studium und Referendariat signifikant erhöhen. Zudem liege die Zahl der Abbrecherinnen und Abbrecher in manchen Lehramtsstudiengängen bei fast 50 Prozent, das weise auf erhebliche Mängel in den Studiengängen hin: „Das Studium muss studierbar werden, sonst verlieren wir während der Ausbildung viel zu viele junge Menschen.“ Außerdem müsse der Numerus clausus (NC), den es noch immer für viele Lehramtsausbildungen gebe, endlich fallen.

Sie begrüßte in diesem Zusammenhang den Vorstoß der neuen DGB-Vorsitzenden, Yasmin Fahimi. Diese hatte bei der Eröffnungsveranstaltung des GEW-Gewerkschaftstages an den Dresdner Bildungsgipfel von 2008 erinnert. Es sei höchste Zeit, alle verantwortlichen Akteurinnen und Akteure erneut an einen Tisch zu holen und Bund und Länder zu verpflichten, ihr damaliges Versprechen einzulösen, zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Forschung zu investieren.

* Der nationale Bildungsbericht Bestandteil des Bildungsmonitorings in Deutschland und informiert alle zwei Jahre über den aktuellen Stand und die Herausforderungen des deutschen Bildungssystems.

Bildungsjahr 2022/2023:

GEW fordert weitreichende Entlastungen

(EuW) Das kommende Schul- und Ausbildungsjahr 2022/23 ist unzureichend vorbereitet. Kurz vor den Sommerferien hat die GEW Sachsen-Anhalt einen Forderungskatalog erstellt, um Bedingungen für ein gutes Bildungsjahr zu schaffen.

Das neue Schul- und Ausbildungsjahr droht so zu beginnen, wie das alte Jahr endet: mit zusätzlicher Belastung, mehr Arbeit, einer in weiten Teilen unzureichenden digitalen Ausstattung und weiterhin Sorge um die persönliche Gesundheit.

Die Kolleginnen und Kollegen in Schulen, Kita und Hochschulen arbeiten sehr engagiert, jedoch kann alles Engagement Lücken bei der Ausstattung und eine unzureichende Vorbereitung des neuen Schul- und Ausbildungsjahres nicht wettmachen. Hier sind Arbeitgeber bzw. Dienstherren gefragt, umgehend die Voraussetzungen für bessere Arbeit zu schaffen. „Vor allem gilt es, die bestehenden Mangelsituationen durch kurzfristige, schnelle und auch unorthodoxe Maßnahmen zu beseitigen und dafür endlich Geld in die Hand zu nehmen“, fordert die Landesvorsitzende Eva Gerth.

ollaps“



Personalgewinnung und -qualifizierung

Reaktions- und handlungsfähig kann das Bildungswesen nur sein, wenn es über hinreichend qualifiziertes und motiviertes Personal verfügt. Die Sicherung des im Bildungswesen benötigten Personals erscheint daher auch für die Zukunft eine vordringliche Aufgabe, die Bund, Ländern und Kommunen große Anstrengungen abverlangt. Dabei geht es zum einen um die quantitative Deckung des sich immer wieder ändernden und tendenziell ausweitenden Personalbedarfs, zum anderen aber auch um die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen für das Personal. Letzteres gilt für alle Bildungsbereiche, etwa mit Blick

auf den Bedarf an Kompetenzen zur Gestaltung digitaler Lernumgebungen. Professionalisierung ist aber ebenso dringend für andere Aufgabenfelder angezeigt: für die Gestaltung einer inklusiven Bildung, die alle Lernenden bestmöglich fördert, für den Ausbau und die Qualitätsentwicklung der Ganztagsangebote im Grundschulalter, für den Umgang mit einer wachsenden Diversität in Lerngruppen oder für die Gestaltung von Lernprozessen, die Mehrsprachigkeit nicht nur als Herausforderung, sondern vielmehr als Chance für individuelles und gemeinsames Lernen betrachten.

Da aufgrund der gestiegenen Bedarfe an pädagogischen Fachkräften in nahezu allen Bildungsbereichen Ad-hoc-Regelungen für sogenannte Quer- oder Seiteneinstiege eröffnet worden sind, ist deren (Nach-)Qualifizierung sicher eine vordringliche Aufgabe. Aber auch dort, wo etwa der Grad an Akademisierung der Beschäftigten vergleichsweise gering ist wie in der Frühen Bildung oder Teilen der Weiterbildung, sollte bildungspolitisch geprüft werden, welcher Anteil und welcher Grad an Akademisierung anzustreben wäre und wie die verschiedenen Qualifikationsprofile in den Bildungseinrichtungen bestmöglich zusammenwirken können.

Insbesondere der institutionelle Ausbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung der Strukturen für die berufsbegleitende Fortbildung des pädagogischen Personals können helfen, eine Qualifizierungsmentalität zu

entwickeln. Dies gelingt dann, wenn die Erweiterung des pädagogischen und fachlichen Wissens, die Einübung konkreter Fertigkeiten und die kontinuierliche, auch kollegiale Reflexion berufspraktischer Erfahrungen miteinander verschrankt werden. Das kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Fortbildungsbedarfe nicht vorgegeben, sondern kooperativ erschlossen werden, z. B. durch eine Verständigung der relevanten Akteur*innen über das erwartete Maß an Fortbildung und zentrale Inhaltsschwerpunkte in den verschiedenen Bildungsbereichen. Die Sicherstellung der Voraussetzungen für eine Fortbildungsteilnahme durch Leitungskräfte und für den Wissenstransfer im jeweiligen Kollegium oder Team können ebenso zur Weiterentwicklung der Fortbildungskultur beitragen wie beamtenrechtliche, tarifvertragliche, arbeitsrechtliche oder auf individuelle Honorarverträge bezogene Anreizsysteme.

Für die Sicherung des Personalbedarfs und die Weiterentwicklung der professionellen Kompetenzen des pädagogischen Personals geht es schließlich auch darum, (junge) Menschen überhaupt erst für die pädagogischen Berufe zu interessieren und zu gewinnen sowie langfristig in ihren Berufen zu binden. Dazu gehört auch, dass die Arbeitsbedingungen den zum Teil deutlich gestiegenen Anforderungen im Beruf Rechnung tragen. Pädagogisches Personal, das z. B. auch in der institutionsinternen oder -übergreifenden Vernetzung engagiert ist, sollte dabei nicht gezwungen sein, sich nur auf das eigene Engagement zu stützen, sondern auch passende Arbeitszeitmodelle wählen können. Zusammen mit einer qualitativ vollen Ausbildung und einer Kultur der kontinuierlichen Fortbildung, die an kooperativ erschlossenen Bedarfen orientiert ist, wird es so möglich, einer Überforderung entgegenzuwirken und die Berufszufriedenheit zu fördern, um auf verschiedenen Ebenen zu einer Qualitätssteigerung des pädagogischen Handelns beizutragen.

<https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2022>

Quelle: „Bildung in Deutschland, Kompakt 2022, Zentrale Befunde des Bildungsberichts“ unter Federführung des Leibniz-Instituts für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Forderungen an die Landesregierung zu Beginn des Schul- und Kita-Jahres 2022/2023



Lehrkräfte und Schulen endlich entlasten:

- Schulverwaltungs- und Digitalassistent*innen nicht nur versprechen, sondern wirklich einstellen,
- Anrechnungsstunden vergeben für jede zusätzlich übertragene Aufgabe für Lehrkräfte, Pädagogische Mitarbeiter*innen und Schulleiter*innen,
- Verstetigung und Ausbau der Schulsozialarbeit in allen Schulformen.

Wirksame und schnelle Maßnahmen gegen Lehrkräftemangel ergreifen:

- endlich Voraussetzungen für die Einführung von freiwilligen Arbeitszeitkonten schaffen,
- attraktive Bleibe-Angebote schaffen für ältere Lehrkräfte durch eine Erhöhung der Altersermäßigung auf mindestens fünf Stunden ab dem 63. Lebensjahr,
- Verbesserung der Arbeits- und Einstellungsbedingungen durch sofortige Anpassung der Besoldung/Eingruppierung von Grundschullehrkräften (E 13/A 13) und Einführung von Geld- oder Zeitboni für schwer besetzbare Stellen.

Lehrer*innenbildung flexibilisieren und damit Perspektiven schaffen:

- Seiteneinstieg für Bewerber*innen mit Hochschulabschluss oder Meisterabschluss (DQR 6) durch höchstens anderthalbjährige Zusatzqualifikation bzw. nach Bewährung im Dienst ermöglichen,
- berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst öffnen für Seiteneinsteigende mit wissenschaftlichem Hochschulabschluss in einem anerkannten Fach,
- Studiengänge aller allgemeinbildenden Fächer an der Universität in Magdeburg schnellstmöglich zulassen.

Verbesserung der Personalausstattung in den Kindertageseinrichtungen durch:

- Anhebung des Mindestpersonalschlüssels im Kinderförderungsgesetz um mindestens 15 Prozent,
- schneller Ausbau der praxisintegrierten Erzieher*innenausbildung,
- zusätzlicher Einsatz von sonder- und sozialpädagogischen Fachkräften.

Digitalisierung vorantreiben:

- digitale Endgeräte für Lehrkräfte endlich mit den notwendigen Programmen ausstatten und durch das Land administrieren,
- hohe Priorität im Land für schnelles Internet in den Schulen und Bildungseinrichtungen und damit Voraussetzungen für digitalen Unterricht schaffen
- Landesprogramm für die Ausstattung der Schulen nach Umsetzung des Digitalpaktes auflegen.

Gesundheitsschutz für die Beschäftigten ausbauen:

- Schutzmaßnahmen für erwartbare Corona-Ausbrüche schaffen, indem ausreichend Masken und Tests angeschafft werden; in den Schulen und Kitas ist der Einbau von Luftfilteranlagen zu beschleunigen,
- Schutzkonzepte für Risikogruppen,
- Handlungsalgorithmen für Bildungseinrichtungen bei steigenden Infektionszahlen erarbeiten.

Einstellungen für Lehrkräfte: Kreative Lösungen gefragt!

Dass der Lehrer*innenmangel in Sachsen-Anhalt – und nicht nur hier – ein hausgemachtes Problem und der verfehlten Finanz- und Bildungspolitik der vergangenen 20 Jahre geschuldet ist, streitet niemand mehr ab. Zur akuten Problemlösung trägt diese Erkenntnis allerdings nichts bei. Da sind einerseits die Schulleitungen und Kollegien mit einer bejahenden Willkommenskultur gefragt, hauptsächlich jedoch die Landesregierung, insbesondere das Bildungs-, Finanz- und Wissenschaftsministerium. Stehen dringend benötigten Reformen, wie z. B. in der Lehramtsausbildung oder dem Beamtenrecht, die aktuellen Rechtsvorschriften im Weg, dann müssen kreative Lösungen gefunden werden.

Hickhack in der Vergütung und im Status beenden

Für ausgebildete Lehrkräfte ist in Sachsen-Anhalt bei Einstellung in der Regel der Beamtenstatus vorgesehen, jedoch wird hier eine Drei-Klassen-Strategie gefahren. Grundschule (A 12), Förder- und Sekundarschule (A 13), Berufsbildende Schulen und Gymnasien (A 13 Eingangsamt mit Stellenzulage). Auf angestellte Lehrkräfte wird dieses Prinzip übertragen, wobei es für Grundschullehrkräfte nochmals einen Fall nach unten gibt, da im Tarifrecht die E 11 der A 12 zugeordnet ist. Natürlich ist es alles rechtlich begründbar und nach derzeitigen Gesetzen und Verordnungen korrekt. Aber wer sagt denn, dass diese in Stein gemeißelt sind?

Die nötigen Anpassungen in der universitären Lehramtsausbildung und in den Verordnungen zum zweiten Staatsexamen sind marginal und das Landesbeamtengesetz lässt sich sehr schnell ändern, wenn es politisch gewollt ist. Ich erinnere mich noch sehr gut, dass die Streichung der Jahressonderzahlung aus dem Beamtengesetz 2003 innerhalb von vier Wochen erledigt war. Und das Argument des Philologenverbandes, dass eine gleiche Besoldung von Grund- und Gymnasiallehrkräften gegen das Abstandsgebot verstoße, ist nicht nur argumentativ fragwürdig, sondern auch verwaltungsrechtlich falsch. Das Abstandsgebot besagt, dass der Gesetzgeber die Besoldung zwischen zwei Besoldungsstufen durch unterschiedliche Vergünstigungen wie Zulagen oder Sonderzahlungen nicht „ganz oder nahezu einbeben“ darf. Wie eine Tätigkeit einzuordnen ist, hat nichts mit dem Abstandsgebot zu tun. Und nicht nur Deutsch, Geschichte und Mathematik sind Fachwissenschaften, sondern auch Sozialpädagogik. Ob mein Schwerpunkt als Lehrkraft in der Fachwissenschaft Pädagogik oder in der Geografie liegt, darf für die Vergütung nicht ausschlaggebend sein.

Die derzeitige Dreiteilung ist ein Relikt aus der Kaiserzeit und gehört abgeschafft. A 13, zweites Eingangsamt für alle Lehrkräfte. Ende mit „teile und herrsche“!

Qualifizierungsmöglichkeiten für Seiteneinsteigende erweitern

Eine Lehrkraft im Seiteneinstieg mit einem abgeleiteten Fach der Stundentafel kann über einen zwei bis zweieinhalb Jahre dauernden Zertifikatskurs in einem weiteren Fach die Zugangsvoraussetzungen für den berufsbegleitenden 24-monatigen Vorbereitungsdienst erwerben – ein zeitaufwändiger Weg. Wer diesen Weg z. B. aus familiären oder Altersgründen nicht gehen kann, muss trotzdem eine Perspektive im Schulsystem haben. Dies kann z. B. über die Einführung einer neuen Laufbahn im Beamtengesetz in der Besoldungsgruppe A 12 erfolgen, die bei Bedarf auf angestellte Lehrkräfte übertragen werden kann. Lehrkräften im Seiteneinstieg mit einem Bachelorabschluss soll durch einen Kurs von 18 bis 24 Monaten diese Laufbahn ebenfalls ermöglicht werden.

Geht alles nicht? Die GEW-Kolleg*innen in Brandenburg haben ihrer Bildungsministerin Britta Ernst ähnliche Vorschläge unterbreitet und eine Einigung erzielt (<https://bildungsklick.de/schule/detail/landesregierung-und-gew-einig-in-sachen-lehrkraefte-im-seiteneinstieg-an-schulen>). Geht also doch!

Wir hören bisher leider nur „Mögen tät ich schon wollen, nur dürfen hab ich mich nicht getraut“ (Karl Valentin). Das lässt sich ändern. Wir sind bereit!

Malte Gerken,
Lehrerhauptpersonalrat

Sozial- und Erziehungsdienst: Tarifabschluss 2022 bringt Au



Die am 18. Mai 2022 erzielten Ergebnisse in der Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen (→ **EuW 06/2022, Seite 3**) werden in den tarifpolitischen Diskussionen des kommenden Jahres nachhallen. In einer schwierigen Gemengelage hatten die Gewerkschaften nach der pandemiebedingten Aussetzung der geplanten Tarifverhandlungen im Jahr 2020 darauf gedrungen, endlich Regelungen zu schaffen, die zu einer Aufwertung der Sozial- und Erziehungs-

berufe beitragen. Diese Forderung ist auch das Ergebnis von Entwicklungen der vergangenen Jahre in den sozialpädagogischen Berufsfeldern.

Gab es noch vor zehn Jahren deutliche Überkapazitäten in dieser Berufsgruppe, so ist die Branche heute von einem zunehmenden Fachkräftemangel betroffen. Die demografischen Zahlen weisen darauf hin, dass in nächster Zeit eine große Anzahl von Fachkräften altersbedingt aus dem Berufsleben ausscheiden wird. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die in den verschiedenen institutionellen Formen der Kinder- und Jugendhilfe betreut und gefördert werden. Die qualitativen und quantitativen Anforderungen in der Kindertagesbetreuung, in den Hilfen zur Erziehung, in der Förderung und Betreuung behinderter Menschen und in den sozialpädagogischen Beratungs- und Leistungsangeboten für Familien steigen und führen zu einem deutlich höheren Arbeitsdruck. Im Kern müssen weniger Fachkräfte mehr Aufgaben erfüllen. Das führt auf Dauer zu einem Missverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Ansprüchen an die Branche und den tatsächlichen Möglichkeiten, diesen gerecht zu werden. Dieses Problem wird auch künftig nicht allein durch die Verbesserung tarifvertraglicher Standards gelöst werden, denn die Finanzierung von Leistungen der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe liegt nur zum kleineren Teil bei den zur Leistungserbringung verpflichteten Arbeitgebern. Sie werden im Wesentlichen durch die Zurverfügungstellung staatlicher Finanzen bestimmt. Hier ist die Politik in der Pflicht. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Ausstattung der Einrichtungen müssen deutlich verbessert werden! Die Ergebnisse der Tarifeinigung vom Mai 2022 sollte man deshalb in diesem Kontext bewerten.

Personalschlüssel in Kitas verbessern – Ausbildungskapazitäten erweitern

Für die Fach- und Hilfskräfte in den Tageseinrichtungen bietet der Tarifabschluss einen deutlichen Einkommensgewinn und die Verkürzung der Jahresarbeitszeit durch mindestens zwei zusätzliche freie Tage. So bleibt der Beruf auch materiell attraktiv. Allerdings führen diese individuellen Verbesserungen nicht parallel zu einer Optimierung der Betreuungssituation in den Einrichtungen. Hier bedarf es weiterer Maßnahmen durch den Gesetzgeber.

Eine Verbesserung des gesetzlichen Mindestpersonalschlüssels muss umgesetzt werden. In einem ersten Schritt sind mindestens 15 Prozent Steigerung notwendig, um die bestehenden Defizite annähernd auszugleichen. Dafür müssen zusätzlich rund 2.200 Vollzeiteinheiten in den Finanzplanungen des Landes berücksichtigt werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Ausbildungskapazitäten, insbesondere für eine vergütete praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung, erweitert werden. Die Zuweisungen aus dem Bundes-Kita-Qualitätsgesetz sollten deshalb nach Auffassung der GEW mindestens zur Hälfte (bisher 21 Prozent) für die Verbesserung der Personalschlüssel und zu weiteren 30 Prozent (bisher 21 Prozent) für den Ausbau der praxisintegrierten Erzieher*innenausbildung verwendet werden.

Praxisanleitung wird honoriert

Wer für die Praxisanleitung von Schüler*innen der Fachschulen bzw. Studierenden zusätzlich Verantwortung übernimmt, erhält ab dem 1. Juli 2022 für die Dauer dieser Tätigkeit eine Zulage in Höhe von 70 Euro. Das gilt für Beschäftigte, die in die Entgeltgruppen S 8a, S 8b, 9 und S 11a eingruppiert sind. Die Regelung greift

fwertung

allerdings nur dann, wenn die Anleitungstätigkeit mindestens 15 Prozent (sechs Wochenstunden bei Vollbeschäftigung) der Tätigkeit ausmacht. Die GEW geht davon aus, dass bei der Anleitung von Praktikant*innen im Anerkennungsjahr dieser Zeitumfang auf jeden Fall erreicht wird. Bei Leitungsaufgaben im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) sind die Vorgabe des Landes zu beachten.

Die neue Tarifregelung klärt nunmehr, dass die Betreuung von Praktikant*innen zu einer verbindlichen Vereinbarung führen muss. Beschäftigte, denen die Zulage verwehrt wird, sollten diese zusätzliche Aufgabe nicht übernehmen. Eine arbeitsvertragliche Verpflichtung ergibt sich erst dann, wenn dazu Vereinbarungen getroffen worden sind. Das bedarf der Zustimmung des/der Beschäftigten!

Kinderschutzfachkräfte werden höhergruppiert

Beschäftigte, die zu Kinderschutzfachkräften bestellt worden sind, werden künftig in die Entgeltgruppe S 8b (besonders schwierige fachliche Tätigkeiten) eingruppiert. Gleiches gilt auch für Facherzieher*innen, die eine abgeschlossene Fort- bzw. Weiterbildung im Umfang von mindestens 160 Stunden absolviert haben. Zu denken wäre hier an Fachkräfte mit Aufgaben im Rahmen der Sprachförderung, mit therapeutischen Zusatzaufgaben und/oder Aufgaben im Rahmen der Familienbegleitung.

Neue Tabellenwerte für Heilpädagog*innen ab 2024

Für Beschäftigte, die als Heilpädagog*innen im Rahmen der Inklusion behinderte Kinder fördern und als solche in die Vergütungsgruppe S 9 eingruppiert sind, werden die Tabellenwerte ab 1. Oktober 2024 erhöht.

Beschäftigte bei freien Trägern im Auge behalten

Der Tarifabschluss vom 18. Mai 2022 setzt neue Standards bei der Vergütung und der Arbeitszeitgestaltung, die zunächst nur für Beschäftigte Anwendung finden, die unter den Geltungsbereich des TVöD fallen. Beschäftigte bei freien Trägern, die keinem anderen Tarifvertrag zugehören, können zunächst keine dieser Ansprüche geltend machen. Die GEW Sachsen-Anhalt wird aber dort, wo haustarifvertragliche Regelungen abgeschlossen wurden, die Arbeitgeber auffordern, zügig in Verhandlungen einzutreten, um die Neuregelungen für den Sozial- und Erziehungsdienst im TVöD zu übernehmen.

Frank Wolters,

Bildungssekretär Kommunen und freie Träger

Die Tarifeinigung im Überblick

- ab 1. Juli 2022 erhalten Beschäftigte in der EG S 2 bis S 11a eine monatliche Zulage von 130 €;
- ab 1. Juli 2022 erhalten Beschäftigte in der EGS 11b, S 12, S 14 und S 15, Fallgruppe 6 eine monatliche Zulage von 180 €;
- alle Beschäftigten erhalten rückwirkend zum 1. Januar 2022 zwei zusätzliche freie Tage („Regenerationstage“) pro Jahr;
- ab dem 1. Juli 2022 gibt es die Möglichkeit, die Zulage in bis zu zwei weitere freie Tage umzuwandeln;
- die Stufenlaufzeiten werden ab dem 1. Oktober 2024 verkürzt;
- Beschäftigte im Erziehungsdienst erhalten mehr Zeit für pädagogische Arbeit: 30 Stunden statt vorher 19,5 Stunden;
- die ehemalige Heimzulage (jetzt Wohnzulage) wird auf 100 € bzw. 65 € erhöht und auf mehr Tätigkeiten ausgeweitet;
- die Eingruppierungsmöglichkeiten im Ganztags werden erweitert für Beschäftigte in der Ganztagsbetreuung in Schulen;
- Schulsozialarbeit, die Unterstützung/Assistenz von behinderten Menschen und von Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen werden in den Katalog der schwierigen Tätigkeiten aufgenommen und erfüllen damit mindestens die Voraussetzung für die S 12;
- verbesserte Eingruppierung von Sozialassistent*innen und Heilerziehungspfleger*innen; ...

<https://gew-sachsenanhalt.net/go/ueberblick-tarifeinigung-2022>

Betriebsratswahlen 2022:

GEW zieht positive Bilanz

(EuW) Mit einer positiven Bilanz blickt die GEW Sachsen-Anhalt auf die am 31. Mai 2022 abgeschlossenen Betriebsratswahlen bei den Unternehmen der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe. Insgesamt wurden nach derzeitigem Stand in 33 Unternehmen 95 GEW-Kolleginnen und -Kollegen in den Betriebsrat gewählt. Sie vertreten rund 4.000 Beschäftigte in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, der Hilfe zur Erziehung und der Behindertenhilfe. Etwa 35 Prozent der neugewählten GEW-Betriebsräte üben das Amt erstmalig aus. In 25 Betrieben sind GEW-Mitglieder zu Vorsitzenden des Gremiums gewählt worden.

Über die künftigen Schwerpunkte gewerkschaftlicher Aktivitäten in den Sozialunternehmen sprach EuW mit Frank Wolters, Gewerkschaftssekretär im Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit.

Welche Rolle sollten Betriebsräte bei der Umsetzung gewerkschaftlicher Ziele in den Betrieben übernehmen?

Betriebsräte haben einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften gehört dazu. In der Praxis kommt es deshalb darauf an, dass Betriebsräte und Gewerkschaften die Verbesserung der betrieblichen Arbeits- und Entgeltbedingungen, die Umsetzung der gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen, die zugunsten der Beschäftigten geschaffen wurden, die Gleichstellung der Beschäftigten und deren Gesundheitsschutz gemeinsam verfolgen.

Wir können die Betriebsräte in ihren Aktivitäten unterstützen und Betriebsräte können die betriebliche Gewerkschaftsarbeit fördern. Idealerweise profitieren davon alle Beschäftigten. In den vergangenen Jahren haben wir mit einer Reihe von Betriebsräten sehr kollegial und zum Vorteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammengearbeitet. Das wollen wir fortsetzen und ausbauen. Immer auch mit dem Ziel, die Präsenz der GEW in den Betrieben zu erhöhen.

Welche Schwerpunkte gewerkschaftlicher Betriebsratsarbeit stehen an?

Eines unserer vorrangigen Ziele besteht darin, die Tarifbindung der Unternehmen weiter voranzutreiben und bestehende tarifliche Regelungen den Entwicklungen im öffentlichen Dienst anzupassen. Betriebsräte spielen in diesem Prozess eine wichtige Rolle, auch wenn sie selbst nicht als Tarifpartner in Erscheinung treten. Sie verschaffen den Gewerkschaften aber den Zutritt zu den Betrieben und können zur Mobilisierung der Beschäftigten beitragen. Darüber hinaus leisten Betriebsräte, häufig als Mitglieder in Tarifkommissionen der GEW, hilfreiche Arbeit.

Weiterhin unterstützen wir die Betriebsräte beim Abschluss von Betriebsvereinbarungen, sind bestrebt an Konfliktlösungsstrategien mitzuarbeiten und geben Tipps und Hinweise zur Organisation der Betriebsratsarbeit. Nicht zuletzt bieten wir Betriebsratsschulungen an und stehen für individuelle Beratungen zur Verfügung. Die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von Betriebsversammlungen gehört ebenso dazu wie die rechtliche Beratung von Betriebsratsmitgliedern und Beschäftigten.

Wie können Betriebsräte, die bisher noch nicht aktiv von euch unterstützt werden, weil sie vielleicht nicht in eurem Verteiler sind, mit euch Kontakt aufnehmen?

Das ist einfach. Die Kolleginnen und Kollegen können sich telefonisch unter: 03 91 73 55 441 oder per E-Mail an: frank.wolters@gew-lsa.de mit mir in Verbindung setzen. Wir können dann besprechen, welche Art der Unterstützung gewünscht wird. Außerdem kann ich unser Schulungsprogramm zur Verfügung stellen.

Der persönliche Kontakt ist wichtig und alle GEW-Betriebsräte können davon ausgehen, dass wir ihre Fragen und Unterstützungswünsche positiv beantworten werden.

Schulungen in Halle und Magdeburg: Fachliche Unterstützung und Beratung für Personalräte



Am 18. Mai und 8. Juni führten wir in Halle und Magdeburg je eine Schulung für die Personalräte an den Sekundar-, Gesamt-, Gemeinschafts-, Berufsbildenden Schulen und Gymnasien durch. Nach den zwei schwierigen und kräftezehrenden Jahren der Corona-Pandemie konnten wir seit Langem unsere Kolleg*innen der oben genannten Schulformen wieder einmal in einer Präsenzveranstaltung begrüßen. Erfahrene Vertreter*innen der beiden Lehrerbezirkspersonalräte und des Lehrerhauptpersonalrates referierten am Vormittag zu grundlegenden Themen des Personalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalts. Zu Beginn der Schulung stellte unsere Landesvorsitzende Eva Gerth das Dilemma der derzeitigen schlechten Unterrichtsversorgung anschaulich dar, gleichzeitig wurden von ihr Lösungs- und Gesprächsangebote an die derzeit politisch Verantwortlichen aufgezeigt.

In den Fachgruppen der einzelnen Schulformen bestand umfangreicher Bedarf zum fachlichen Austausch und ein großes Interesse an inhaltlichen Fragen zur Arbeit der Schulpersonalräte. Schwerpunkte bildeten u. a. Diskussionen zur Willkommenskultur und das Mentoring der Seiteneinsteiger*innen. Kontroverse Diskussionen gab es zu Fragen des Einsatzes und Umgangs mit den Dienstlaptops. Hier wurden die Defizite beim Einsatz der Geräte beschrieben, angefangen vom zu langsamen Internet bis hin zu fehlender Software für den Einsatz im Fachunterricht. Abschließend kam sehr deutlich zum Ausdruck, wie wichtig der Austausch in Präsenz zwischen erfahrenen als auch neuen Personalräten ist.

Ulrich Härtel,
VB Tarif- u. Beamtenpolitik



Fotos: Ulrich Härtel

Schulschreiber-Programm an der Grundschule Saubach: Geschichten mit Elefanten, Olchis und anderen Fantasiewes



Bücher, Schreibmaschine und Co.: Im Schulschreiber-Projekt sollen die Kinder nach Herzenslust auf der Klaviatur der Buchstaben spielen.

Weißer Bart, Hornbrille und eine große Ledertasche – so stellen sich Kinder einen Schriftsteller vor. Der halleische Autor und Unterstützer des Schulschreiberprojekts Michael Spyra entsprach nicht ganz den Erwartungen seiner jungen Zuhörer. Dennoch gestaltete sich die Auftaktveranstaltung zum Schulschreiber-Projekt an der Sebastian-Kneipp-Grundschule Saubach im Burgenlandkreis unlängst zu einem vollen Erfolg.

Das lag nicht nur an der kleinen Theater- und Musikaufführung, die die Kinder eigens für den Gast aus Halle einstudiert hatten, sondern auch an der sichtbaren Freude und Begeisterung, mit der sich die innerhalb ihrer Klassen ausgewählten, insgesamt 15 kleinen Schulschreiberinnen und Schulschreiber in ihre erste Zusammenkunft mit Schriftsteller Spyra stürzten. Es war der – unverhoffte – Start zu einer Story, der nun

viele weitere Geschichten entspringen sollen. „Eigentlich wollten wir uns für dieses Jahr beim Bödecker-Kreis, der auch die landesweiten Schulschreiber-Projekte in Sachsen-Anhalt verantwortet, zunächst bloß um einige Lesungen für unsere Schüler bewerben. Nachdem eine Schule kurzfristig absagte, sind wir aber noch direkt ins Schulschreiber-Projekt aufgerückt“, erläutert die neue Schulleiterin Daniela Noth, die die Erweiterung der außerunterrichtlichen Angebotspalette ihrer traditionell auf die Themen Gesundheit und Natur ausgerichteten Einrichtung mit großer Freude betrachtet. „Es geht uns darum, die Kinder zum Schreiben zu ermutigen und dazu, die eigene Kreativität und Fantasie in selbst erdachte Geschichten einfließen zu lassen. Wer aus eigenem Antrieb schreibt und liest, wird auch viel fitter in der Schriftsprache, als wenn er sich allein im Unterricht dazu veranlasst sieht“, fügt Daniela Noth an und weiß sich in diesem Punkt mit Michael Spyra auf exakt gleicher Wellenlänge.

Foto: Andreas Löffler

GEW-Stadtverband Halle lädt zur Fortbildung ein: „Schulrecht – sicher handeln im Schulalltag“

„Ich verklage Sie!“ – So schlimm muss es ja nicht immer gleich kommen, aber wir kennen das wohl alle. Gerade in Zeiten des Lehrer*innenmangels ist die Zeit, sich mit den rechtlichen Grundlagen unseres Berufes auseinanderzusetzen, noch knapper geworden und die Unsicherheit unseres Handelns nimmt zu.

Wir freuen uns deshalb sehr, dass es uns gelungen ist, einen der renommiertesten Schulrechtsexperten und Autor zahlreicher Schulrechtsbücher nach Halle zu holen, um unseren Lehrkräften im Rahmen einer Fort-

bildung am Dienstag, den **6. September** die notwendige Sicherheit im Schulalltag zu verleihen.

Dr. jur. Günther Hoegg hat eine seltene Doppelqualifikation: Er ist nicht nur Jurist mit dem Schwerpunkt Schulrecht, sondern auch ausgebildeter Lehrer und hat bis vor kurzem täglich vor der Klasse gestanden. Er kennt also die Schule von innen. Viele Veröffentlichungen zum Schulrecht, bundesweite Fortbildungen an Schulen und Universitäten weisen ihn als Experten auf diesem Gebiet aus.

Die Fortbildung ist als Ersatzangebot anerkannt und geeignet für Lehrkräfte aller Schulformen, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, Funktionsstellenträger*innen und Studierende.

Für GEW-Mitglieder ist die Veranstaltung kostenlos – auch bei Eintritt am gleichen Tag – für Nichtmitglieder beträgt die Teilnahmegebühr 60 €.

Alle weiteren Infos zur Veranstaltung und zur Anmeldung sind unter www.gew-halle.de zu finden.

Ratgeber für freie Lehrkräfte: „Richtig selbstständig?“



Wer als freiberufliche Lehrkraft in der Weiterbildung, an einer Volkshochschule, Sprachschule, Musikschule, in Integrationskursen oder als Lehrbeauftragte*r an einer Hochschule beschäftigt ist, findet in dem GEW-Ratgeber „Richtig selbstständig?“ einen praktischen Leitfaden für den Berufsalltag.

„Was muss ich als Selbstständige*r beachten? Welche Rechte habe ich? Was kann ich tun, wenn ...? Der GEW-Ratgeber gibt wichtige Hinweise und Tipps und erklärt, welche Rolle die GEW bei der Vertretung von selbständigen Lehrkräften übernimmt.

Die Broschüre kann in der Landesgeschäftsstelle der GEW Sachsen-Anhalt bestellt werden und ist für GEW-Mitglieder kostenfrei.

Kontakt: frank.wolters@gew-lsa.de

Liebe Jenny,

trotz vielerlei Unterrichtsstunden erkannte ich eine Wahrheit nicht, wollte die zwischen den Zeilen finden und fand mich dabei zwischen allen Stühlen. Schließlich, nach einer Reihe von Irrwegen und Kompromissen, stand ich zwischen See und Strand. Ein Hauch von Liguster zog vorbei, Ferienduft – wie schön, dachte ich. Urlaub auf der Sonneninsel. Aber völlig allein? Denn nichts regte sich zwischen Ost und West: Wellen, Wind und Wolken schienen zu schlafen, der Eisverkäufer auch.

„Du bist gar nicht allein“, meldete sich plötzlich eine feine Stimme. Ich schaute in alle Richtungen, die ein Kompass kennt ... und blieb allein.

„Hier bin ich, vor dir. An Land wage ich mich nicht“, hörte ich nunmehr, „du musst lernen, bis auf den Grund zu schauen. Ich bin eine Schwester des Butts aus dem Märchenland; ich habe ebenfalls mit Zauberei zu tun.“

Da endlich sah ich die freundlich mit einer Flosse winkende Flunder, beugte mich zu ihr, und wir lächelten uns an.

„Wirklich? Du kannst zaubern“, wandte ich mich an sie, „aber ich möchte weder Kaiscrin sein noch Päpstin wie des Fischers Frau ... das sind doch Jobs von vorgestern ... ich möchte das ABC der Seelen meiner jungen Leute besser verstehen und außerdem ...“

„Halt, halt, Laura, nicht so schnell. Hör mir bitte zu. Ich erwarte, dass du mir einen Wunsch erfüllst. Welchen, das sag ich nicht, gib dir einfach Mühe mit mir. Überlege, was für mich richtig und wichtig sein könnte. Überlege gut. Am letzten Tag deiner Ferien treffen wir uns wieder, genau hier, in Lüttenort. Dann erzähle mir, welches Wunschgeschenk du für mich vorbereitet hast. Ich freue mich bereits heute darauf.“

Weg war sie, die Zaubrerflunder, und scherte sich kein Bisschen um meine Verwirrung.

Liebe Jenny, ich fühlte mich erdrückt von der gleichermaßen großen wie kleinen Frage „Was soll ich tun?“. Eine unangenehme Erinnerung schlich sich heran, die an einen Aufsatz, der vor Jahren über das schönste Ferienerlebnis einzureichen war und in dem ich die Musik beschreiben wollte, die ich im Rauschen eines Wasserfalls hörte – damals habe ich wohl ein unbeschriebenes Blatt abgegeben. Was meinst du, könnte ich dem Märchentisch einen Übungskurs „Schmetterlingsschwimmen im Fischkindergarten“ vorschlagen? Oder sollte ich eine Logikstunde in der Flunderschule anbieten? Vielleicht wäre eine Fischtreppe nicht die schlechteste Idee? Ach Jenny, komm her, bitte schnell, und hilf mir, eine Gabe für die sprechende Flunder auszuwählen – ich möchte ihr doch so gern etwas Richtiges vorschlagen.

Allmählich begann um mich herum das Leben damit, den Tag zu erobern und zu lenken. Kinder schmissen sich vergnügt ins Wasser. Große entdeckten eine gefühlte Wahrheit: „Die Badebrühe ist viel zu kalt.“ Als dann auf einem Sandhügel ein blau-gelbes Fähnchen aufgezogen wurde, war außerdem die Welt in Lüttenort eingetroffen. Und mir wurde dabei wieder einmal bewusst, eine Chance nicht erkannt zu haben: Hätte ich die Schwester des Butts um eine gerechte Welt bitten sollen? Mir ist klar, das ist ein riesiger Wunsch, der nur schwer zu erfüllen ist – auch durch eine Flunder mit Zauberkraft. Wenn ihr also dafür die magischen Möglichkeiten gefehlt hätten, dann würde ich mir Ferienzeiten ohne Ängste und mit ungestörter Lesezeit wünschen ... ich brauche poetische und kluge Worte ohne Zahl, wie Melodien aneinandergereiht. Ich möchte Fantasieräume ausloten und dabei erkennen, ob ich mir eine optimale Bahn durch die Jahre bauen kann. Ach Jenny, ich möchte unsere Zeit besser verstehen und vor allem die Menschen, die diese Zeit gestalten.

Ich bin ebenso unruhig wie gewiss, in meinen Träumen wird die Flunder aufkreuzen, die sonderbarerweise in mein Leben geschwommen kam, und sie wird mich an ihre Erwartung erinnern. Liebe Jenny, deshalb müssen wir nachdenken und reden. Komm also bald.

Deine Laura

Andreas Löffler,
freier Journalist

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Prof. Dr. Hans-Dieter Klein

Über drei Jahrzehnte prägte er die politische Arbeit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt aktiv mit und vertrat den Landesverband Sachsen-Anhalt in zahlreichen Gremien auf Bundesebene.

Hans-Dieter Klein wurde 1949 in Görlitz geboren. Nach einer Ausbildung zum Waggonbauschlosser nahm er ein Lehrerstudium an der Martin-Luther-Universität in Halle auf. Die hallische Universität war bis 1991 seine berufliche Heimat. Dort forschte und lehrte er zur neueren Geschichte, promovierte und habilitierte sich. 1989 wurde er ordentlicher Professor für Allgemeine Geschichte und 1990 Direktor der Sektion Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Generationen von Studierenden und ehemalige Kolleg*innen der MLU schätzen ihn als empathischen und fachlich versierten Hochschullehrer. Nach der Wende sah er sich veranlasst, die Universität zu verlassen.

Seine gewerkschaftspolitischen Ambitionen und sein großes Interesse an der progressiven Fortentwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft in Sachsen-Anhalt waren wohl ausschlaggebend dafür, dass er sich bei der gerade gegründeten GEW Sachsen-Anhalt bewarb. Zu dieser Zeit war er bereits als Vorsitzender des GEW-Vorstandsbereiches Hochschule und Forschung ehrenamtlich tätig. Am 1. April 1992 begann seine zweite berufliche Laufbahn als Gewerkschaftssekretär für Hochschulpolitik.

In den darauffolgenden Jahren prägte Hans-Dieter Klein die politische Entwicklung der GEW Sachsen-Anhalt entscheidend mit. Durch sein Fachwissen und sein Engagement für eine demokratische und beteiligungsorientierte Bildungs- und Tarifpolitik sowie sein streitbares Auftreten für die Interessen der Beschäftigten, Studierenden, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und Schüler*innen hat er sich und unserer Gewerkschaft großen Respekt bei Arbeitgebern, der Landespolitik und gesellschaftlichen Partnern verschafft.

Innerhalb der GEW Sachsen-Anhalt hatte Hans-Dieter Klein im Verlauf seiner langjährigen Tätigkeit weitere wichtige Aufgaben übernommen. Als Pressesprecher und Redaktionsleiter der EuW vertrat er über Jahrzehnte sicher und kompetent unsere gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Positionen in der Öffentlichkeit. Damit trug er wesentlich dazu bei, dass unsere Gewerkschaft als kompetente Gesprächs- und Verhandlungspartnerin im Land etabliert ist. Die Arbeit im Takt des Redaktionsschlusses für die GEW-Landeszeitung hat er mit Bravour gemeistert und es war ihm immer auch eine Herzensangelegenheit.

Zu den wichtigsten Anliegen Hans-Dieters gehörte zweifellos die Verbesserung der Hochschul- und Forschungslandschaft. Hier war er nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern bundesweit aktiv. Über viele Jahre war er Mitglied der Bundesfachgruppe Hochschule/Forschung/Lehrer*innenbildung und vertrat deren Mitglieder in Tarifkommissionen.

Er war bis in die jüngsten Tage ein sehr kompetentes und engagiertes Mitglied der Kerngruppe Tarif- und Beamtenpolitik auf Bundesebene und der beiden Bundestarifkommissionen (Länder bzw. Bund-Kommunen) sowie der Großen Tarifkommission. Sein Rat war immer gefragt und seine kompetente Art der Diskussion. Gerade bei den schwierigen Tarifverhandlungen in den langen Nächten von Potsdam konnte man sich immer auf ihn verlassen. Auch bei der Entwicklung der Entgeltordnung im Länderbereich (TV-L) hat er auf die wissenschaftsspezifischen Probleme hingewiesen.

Es ging ihm konsequent um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Wissenschaftler*innen. Insbesondere wandte er sich gegen Fristverträge im Wissenschaftsbereich und den Abbau der Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen. Er engagierte sich für den Ausbau der Lehrer*innenbildung und unterstützte aktiv die gewerkschaftliche Studierendenarbeit. Den Personalvertretungen war er ein kompetenter und stets zugewandter Partner.

Im Kreis der Kolleginnen und Kollegen des Landesvorstandes und der Geschäftsstelle genoss Hans-Dieter Klein großes Ansehen. Seine Meinung war stets prägend für die Entscheidungen der Gremien und im Arbeitsteam. Vielen war er ein Berater, ein fairer Kritiker, Mentor und vor allem ein Freund. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben im Jahr 2014 blieb er der GEW weiterhin aktiv verbunden und arbeitete ehrenamtlich für seine GEW, die ihn und die er mitgeprägt hat.

Am 23. Juni 2022 endete das Leben von Hans-Dieter Klein nach schwerer Krankheit.

Unsere Gedanken und unser tiefes Mitgefühl sind bei seiner Frau Angelika, seinen Kindern und Enkelkindern.

Wir trauern um einen geschätzten Kollegen und guten Freund, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden – Hans-Dieter, du wirst uns fehlen!



© SW-KOMMUNIKATION.NET

Neugestaltung der GEW-Website: Befragt, sortiert und ausgewertet

(EuW) Zur Neugestaltung des Internetauftritts der GEW Sachsen-Anhalt hatten wir bereits in der EuW 05/2022 zur Teilnahme an unserer Umfrage aufgerufen. Dank der großen Beteiligung konnten wir 285 gültige Datensätze auswerten und fassen euch nun die wichtigsten Erkenntnisse kurz zusammen.

Etwa drei Viertel der insgesamt Befragten (76%) hatten unsere aktuelle Website wenigstens einmal genutzt, 88% dieser bisherigen Website-Nutzer*innen waren dabei auch Mitglied der GEW. Als häufigsten Verwendungszweck gaben sie an, den Internetauftritt zur Informationsgewinnung im Allgemeinen (81%) zu nutzen, die aktuellen Nachrichten und Pressemeldungen (31%) sowie die Kontaktmöglichkeiten (29%) hingegen wurden den Befragten zufolge am wenigsten genutzt.

Dies steht in direktem Gegensatz zu den inhaltlichen Wünschen der Umfrageteilnehmer*innen: Als am wichtigsten bewerteten die Befragten die aktuellen Nachrichten und Pressemeldungen sowie Informationen über die Vorteile einer GEW-Mitgliedschaft und den Terminkalender. Eine digitale Ausgabe der EuW, ein Zeitungsarchiv und Informationen zu Newslettern der GEW seien laut der Befragten die weniger wichtigen Inhalte.

54 der 285 Umfrageteilnehmer*innen hinterließen in den Freitextfeldern weitere Wünsche sowie Feedback und Kritik, 46 der Rückmeldungen bezogen sich direkt auf die Website. Mit 14 Äußerungen bemängelten die Befragten besonders, dass die Berufe im Bildungsbereich nicht vielfältig genug präsentiert werden. Oft seien nur Lehrer*innen und Erzieher*innen Thema, alle restliche Berufsbilder gingen daneben unter. Allerdings forderten einzelne Befragte ebenfalls mehr Inhalte zum Kita-Bereich. Acht Umfrageteilnehmer*innen wünschten sich außerdem einen informativen Bereich rund um rechtliche Themen wie Rechtsschutz und Rechtsberatung inklusive Nennung der Ansprechpartner*innen. Weitere acht Befragte forderten generell eine übersichtlichere Kontaktseite mit allen Ansprechpartner*innen.

Vor allem die aktuellen Nachrichten, aber auch der Bereich mit den Ansprechpartner*innen und Kontaktmöglichkeiten werden zwar mehrheitlich gewünscht, jedoch aktuell wenig genutzt. Hier liegt die Vermutung nahe, dass diese Bereiche auf der bisherigen Website die Wünsche und Erwartungen der Nutzer*innen nicht erfüllen und deshalb weniger genutzt werden.

Um diesen Erwartungen und Wünschen der Website-Nutzer*innen zukünftig zu entsprechen, arbeiten wir nun mit den Erkenntnissen der Umfrage weiter an der Strukturierung und Neugestaltung der Inhalte für unsere Website. Wenn alles gut geht, kann die GEW Sachsen-Anhalt im Herbst einen neuen Internetauftritt präsentieren. Also bleibt gespannt!

Kinder- und Jugendliteratur: Ein stiller Held des Holocaust

Peter Sis; Nicky & Vera – Ein stiller Held des Holocaust und die Kinder, die er rettete; Gerstenberg Verlag, 2022; ISBN: 978-3-8369-6151-6; Preis: 18,00 €, 64 Seiten; Altersempfehlung: ab 5 Jahre

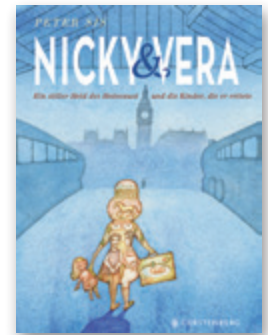
Peter Sis erzählt die Geschichte von Nicholas Winton und der Rettung von 669 Kindern mit Zügen aus der Tschechoslowakei. Eindrücklich wird herausgearbeitet, wie Hilfe funktionieren kann.

Nicky war ein junger Mann, wie viele andere auch. Er hatte Hobbies, war ein bekannter Fechter und er sorgte sich über die Entwicklungen in Nazi-Deutschland Ende der 1930er-Jahre. Was dann passiert, kann nicht genau erklärt werden – aber es passiert. Nicky wird von einem Freund nach Prag gerufen, wohin er reist und beginnt, Flüchtlingszüge für jüdische Kinder aus der Tschechoslowakei nach London zu organisieren. Auf diesem Wege kommen 669 Kinder in neun Zügen nach London. Ein zehnter Zug am 1. September 1939 kann nicht mehr fahren, fast alle Kinder in diesem Zug werden dem Nazi-Terror zum Opfer fallen.

Nicholas Winton lebte nach dem Krieg in Frieden, seine Geschichte erzählte er nicht. Erst Jahre später konnte seine Frau anhand von Unterlagen rekonstruieren, was da 1938/39 geschehen war. Sie setzte sich dafür ein, dass Nicholas die Ehre zuteilwurde, die seine mutige Aktion verdiente, und seitdem ist seine Geschichte ein Sinnbild dafür, wie die Hilfe von Menschen für Menschen sein kann. Peter Sis erzählt die Geschichte wieder einmal neu. Er berichtet von dem interessierten Jungen, der es guthat, und er berichtet, wie er beginnt, die spektakuläre Rettung zu planen. Er berichtet vom stillen Leben danach und wie die Geschichte dann doch noch in die Welt kam. Parallel wird die Geschichte von Vera Gissing erzählt, einem der Winton-Kinder. Sie wuchs in der Tschechoslowakei auf und wurde mit einem der Züge nach England gebracht, wo sie – anders als ihre Familie – den Krieg überlebte.

Die kurzen Texte, eine Geschichte unendlicher Tragweite in wenigen Sätzen verdichtet, werden integriert in die flächenhaften Panoramabilder, die Peter Sis' Stil auszeichnen. Die fein konturierten Tuschezeichnungen mit zarter Wasserfarbkolorierung zeigen in schematisch vereinfachten Formen die Handlungselemente. Die Bilder sind symbolisch aufgeladen und zeigen eine starke Tiefe, deuten an und verweisen auf andere Bilder. So entstehen hochkomplexe Bildwelten, die anspruchsvoll zu entschlüsseln sind. – Ein faszinierendes Bilderbuch über eine faszinierende Geschichte; sehr zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter
für die AJuM Sachsen-Anhalt



GEW-Geschäftsstelle und -Regionalbüro Süd: Sprechzeiten in den Sommerferien

Im Zeitraum der Sommerferien vom 14. Juli bis einschließlich 24. August 2022 bietet die **Landesgeschäftsstelle der GEW Sachsen-Anhalt**, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, folgende Öffnungszeiten an: **montags bis donnerstags von 9 bis 15 Uhr und freitags von 9 bis 12 Uhr.**

Das **GEW-Regionalbüro in Halle**, Kleiner Berlin 2, 06108 Halle, ist **dienstags und donnerstags von 9 bis 15 Uhr sowie nach telefonischer Absprache unter der 0345 204080 besetzt.**

GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit



Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
<https://www.gew.de/bildung-politik/internationales/fair-childhood>



GEW-Mitglied werden unter:
www.gew.de/anmeldeformular

Impressum

Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Fon: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net, www.gew-sachsenanhalt.net

Vorsitzende: Eva Gerth

Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Christiane Rex (verantw. Redakteurin), Rolf Hamm, Helgard Lange, Christian Müller, Bärbel Riethausen, Andrea Trojahn

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Die „Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt“ (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder der GEW Sachsen-Anhalt ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. **Redaktionsschluss** ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Fon: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2019; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: sw-kommunikation.net + Partner

Titelbild: sw-kommunikation.net

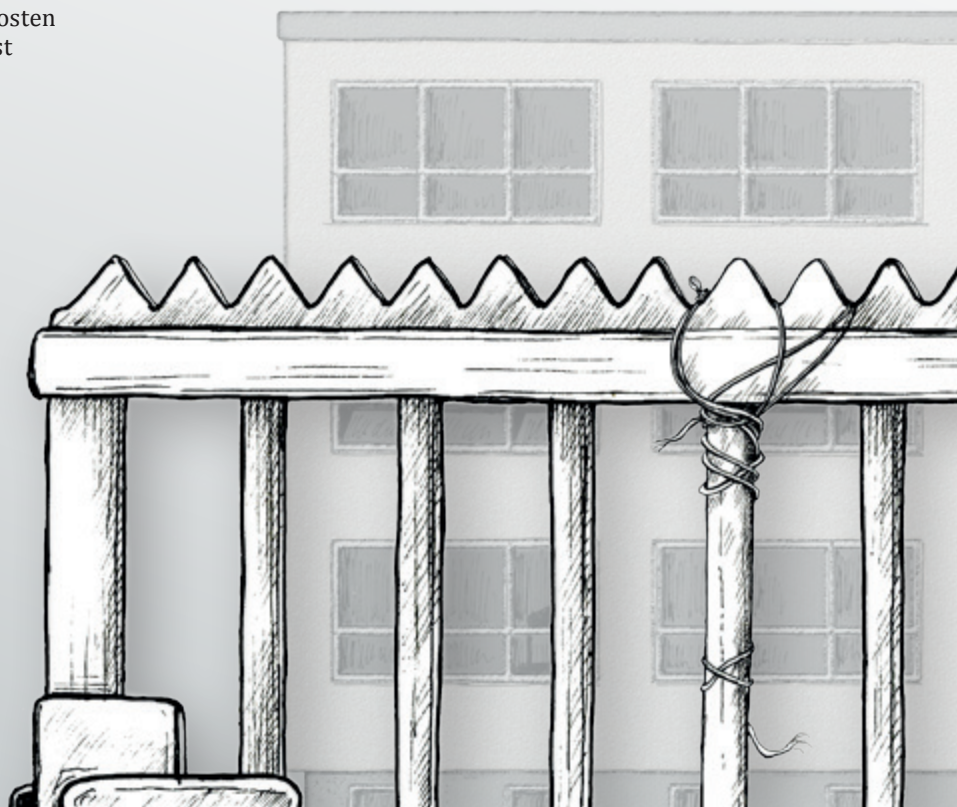


Note: Mangelhaft

Bei mir ist eine Strebe locker. Das habe ich öfter mal, denn ich bin ja nicht mehr das jüngste Tor. Aber die Strebe ist schon ziemlich lange locker, und ich erkenne immer daran, wie lange es bis zur Reparatur dauert, in was für Zeiten wir gerade leben. Geht es schnell, was so gut wie nie der Fall ist, dann haben wir gerade ausgezeichnete Zeiten, es ist genug Geld, Material und Personal vorhanden. Wenn es dauert, dann mangelt es meistens an Geld. Aber natürlich können auch Material oder Personal fehlen. In der DDR war es immer das Material, was gerade fehlte. Schließlich gab es einen Plan und eine Reparatur eines alten Tores war darin nicht vorgesehen. Manchmal zweigte irgendjemand irgendwo etwas Material ab und dann ging es rasch, aber das klappte eben nicht immer. Und seit 30 Jahren fehlt es vor allem an Geld. Da werden immer drei Angebote eingeholt und dann das billigste genommen. Das Angebot steht aber nur auf dem Papier und wird nachher richtig teuer, weil es Zuschläge, Nachbesserungen und weitere Personalkosten gibt, von denen vorher keiner wissen konnte. Zur Zeit ist genug Geld da, aber es fehlt an Material, was eigentlich auch da ist, aber uneigentlich zu teuer und in einem Container auf irgendeinem Schiff, das seit Wochen darauf wartet, im Hafen endlich die Ladung löschen zu können. Aber auch hier mangelt es an Arbeitskräften. Und damit kommen wir zum größten Problem, dem Fachkräftemangel. Wir kennen das ja hier schon mit Fachlehrern. So manches Fach kann mittlerweile nicht mehr adäquat unterrichtet werden. Schon die Schüler also kommen nicht als Fachkräfte aus der Schule. Und bei ihrer nächsten Ausbildung wird es nicht unbedingt besser. Und dann fehlen sie irgendwann auf dem Arbeitsmarkt. Das Problem ist hierzulande kaum noch lösbar. Darum kann mich auch niemand reparieren. Es mangelt nämlich an Schweißern, denn es mangelt an Lehrern, weil es an politischer Weitsicht mangelt. Und dafür mangelt es mir mittlerweile an Verständnis.

Aber was weiß ich schon, ich bin ja nur ein Tor.

Lars Johansen



Änderungsmeldung

Name, Vorname: Tätigkeitsbereich:

Kreisverband: Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.: Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Anschrift: Haustarifvertrag/PTG-Tarifvertrag:
 (Entgeltgruppe Stufe seit)

Telefon: Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Bankverbindung: Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Kontoinhaber: Bruttoeinkommen:
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen)

IBAN: DE

(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen)

Altersteilzeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit):

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):

Arbeitszeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden)
pro Woche:

Datum Unterschrift

**Neues Konto?
Neue Adresse?
Neues Gehalt?
Neue Arbeitsstelle?**

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ...

Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sobort diesen nebenstehenden Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

